

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 191-2019
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2019.RRGR.238

Eingereicht am: 19.08.2019

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Gullotti (Tramelan, SP) (Sprecher/in)
Heyer (Perrefitte, FDP)
Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 09.09.2019

RRB-Nr.: vom
Direktion: Finanzdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert



Wird es in der regionalen Steuerverwaltung in Biel weniger französischsprachige Kaderstellen geben?

Einen Tag nachdem Grossrätin Virginie Heyer (FDP) in einer Interpellation fragte, warum die Finanzdirektion in der Steuerverwaltung Berner Jura Stellen abbauen wolle, hat der Regierungsrat eine knappe Medienmitteilung herausgegeben. Das Communiqué, das als Antwort auf die Interpellation Heyer betrachtet werden kann, besagt, dass es in der Steuerverwaltung in Moutier zu keinen Entlassungen kommen werde und dass es um eine engere Zusammenarbeit zwischen den beiden Standorten Biel und Moutier gehe, mit dem Ziel, Synergien besser zu nutzen und mit einer einheitlichen Leitung die Effizienz zu steigern.

Das bedeutet mit anderen Worten, dass die französischsprachigen Leitungspositionen in Moutier gestrichen werden könnten, dass die Entscheidungsbefugnis in Steuersachen nach Biel verlegt wird und dass es im Grunde genommen zu einem Abbau des Service publics in der französischsprachigen Verwaltungsregion kommen wird.

Im derzeitigen Kontext scheint es extrem ungeschickt, in der zweitgrössten französischsprachigen Verwaltungsstelle ausgerechnet diejenigen Stellen abzubauen, die von Französischsprachigen besetzt sind.

Die Öffentlichkeit wird nun über diese Umstrukturierung informiert, obwohl die Moutier-Frage bei weitem noch nicht gelöst ist und noch keine Informationen über die Zukunft der dezentralen Verwaltung im Berner Jura, für die der Kanton eine Kommission eingesetzt hat, durchgesickert sind.

Wahrscheinlich wird es zu einem Anstellungsverfahren kommen, um im Rahmen dieser Umstrukturierung die Leitungsfunktionen in Biel neu zu besetzen. Man kann davon ausgehen, dass die Französischsprachigen benachteiligt sein werden, da die Anforderung einer perfekten Zweisprachigkeit einige davon abhalten dürfte, sich überhaupt zu bewerben.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Hat der Kanton Bern der laufenden Reflexion der Kommission Grisel über die Umverteilung der dezentralen Organisationseinheiten, in deren Rahmen die Steuerverwaltung Moutier konsultiert wurde, Rechnung getragen?
2. Die Umsetzung der im November 2017 überwiesenen Planungserklärung Brönnimann kollidiert mit dem laufenden Prozess in Moutier. Wäre es angesichts der heutigen Situation im Berner Jura nicht sinnvoller, zuerst die Moutier-Frage zu lösen, bevor man das französischsprachige Personal mit drohendem Stellenabbau belastet?
3. Die Planungserklärung Brönnimann sieht einen Stellenabbau in der Kantonsverwaltung vor. Wie viele Personaleinheiten werden in der gesamten Steuerverwaltung und wie viele in den einzelnen Dienststellen (d. h. in Bern und in den anderen Regionen) abgebaut?
4. Ist die Region Berner Jura mit der stärkeren Zusammenarbeit zwischen Biel und Moutier proportional nicht stärker betroffen als andere Steuerverwaltungseinheiten?
5. Die Planungserklärung Brönnimann sieht einen Stellenabbau in der Zentralverwaltung vor. Gehören die Verwaltungsregionen zur zentralen Steuerverwaltung?
6. Wurde anstelle der Zusammenlegung in Biel auch die Option geprüft, in Moutier einen Steuerverwaltungsdienst für alle Französischsprachigen des Kantons zu belassen?
7. Wie kann der Kanton Bern den Französischsprachigen im Berner Jura garantieren, dass die Qualität der Leistungen aufrechterhalten bleibt, wenn die Entscheidungsbefugnis in eine andere Region verlegt wird?
8. Das Sonderstatutgesetz gewährleistet dem Berner Jura in Artikel 31 Buchstabe g ein Mitwirkungsrecht bei der Ernennung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kantonsverwaltung, deren Hauptaufgabe auf Grund der Organisationsgesetzgebung darin besteht, auf Kaderstufe Geschäfte zu behandeln, die den Berner Jura betreffen. Haben die Stellenausschreibungen bereits stattgefunden, und werden die Bewerbungen für die neuen Steuerinstanzen der neuen Verwaltungsregion dem Bernjurassischen Rat vorgelegt?

Begründung der Dringlichkeit: Die Regionalisierung der Steuerverwaltung Biel-Berner Jura-Seeland ist bereits im Gange.

Verteiler

- Grosser Rat